

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 16 / 78

Berlin

20. April 1978

45. Jahrgang

Steuerentlastungen bremsen Expansion der Staatseinnahmen

Der Staat hat durch eine zu stark auf Konsolidierung gerichtete Haushaltsführung wesentlich dazu beigetragen, daß sich die konjunkturelle Erholung der Wirtschaft im Jahr 1977 nicht fortgesetzt hat. Erst in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres ging die Bundesregierung zu konjunkturaneignenden Maßnahmen über. Das Schwergewicht lag dabei auf Steuerentlastungen für Unternehmen und Haushalte; damit sollte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage belebt und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden.

Im Jahr 1977 haben sich die Steuereinnahmen trotz abgeschwächter Wirtschaftsentwicklung um 31 Mrd. DM (fast 12 vH) und damit überraschend stark erhöht. 1978 werden die Steuerzahler durch die steuerpolitischen Beschlüsse um mehr als 10 Mrd. DM entlastet; das Steueraufkommen wird daher im laufenden Jahr nur schwach expandieren (4 vH).

Bei der Aufstellung der Haushaltspläne für das Jahr 1977 wurde erwartet, daß sich der konjunkturelle Erholungsprozeß des Jahres 1976 fortsetzen würde. Dem „Arbeitskreis Steuerschätzungen“ wurde daher im Dezember 1976 ein Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts und der Bruttolohn- und -gehaltsumme um jeweils fast 9 vH vorgegeben. Auf dieser Basis errechnete sich ein Zuwachs der Steuereinnahmen um 10,5 vH. Im Laufe des Jahres 1977 stellte sich aber mehr und mehr heraus, daß das gesamtwirtschaftliche Wachstum erheblich schwächer ausfallen würde. Die Zuwachsraten des nominalen Sozialprodukts wurden stetig nach unten korrigiert. Die Entwicklung der tatsächlichen Steuereinnahmen ließ indes eine Abkehr von der ursprünglichen Steuerschätzung nicht zu. Am Ende des Jahres 1977 sah das Ergebnis schließlich so aus: Das nominale Bruttosozialprodukt hatte nur um 6 vH, die Bruttolohn- und -gehaltsumme um 7 vH zugenommen. Dagegen expandierten die Steuereinnahmen mit fast 12 vH stärker als ursprünglich erwartet.

Hauptsächlich aufgrund von unerwarteten Einnahmen bei den Gewinnsteuern ergab sich 1977 eine Aufkommenselastizität des Steuersystems (Relation von Steuerzuwachs zu Sozialproduktsanstieg) von fast 2. Bei der Schätzung war noch eine Aufkommenselastizität von 1,2 unterstellt worden. Mehr als 11 Mrd. DM oder 35 vH der Mehreinnahmen lassen sich der Erhöhung der Elastizität zurechnen.

Steuerpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbelebung

Die wirtschaftspolitischen Instanzen hatten sich für das Jahr 1977 zwei Ziele gesetzt, deren gleichzeitige Realisierung nicht möglich war: Förderung von Wachstum und Beschäftigung und Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Das Schwergewicht der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden lag allerdings auf dem weiteren Abbau der Finanzierungsdefizite. Zur Erreichung des Wachstums- und Beschäftigungsziels setzten die wirt-

Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1975 bis 1978

	Steueraufkommen in Mrd. DM				Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH		
	1975	1976	1977	1978 ¹⁾	1976	1977	1978 ¹⁾
Gemeinschaftliche Steuern	165,57	184,08	209,17	220,8	11,2	13,6	5,5
Lohnsteuer	71,19	80,61	90,77	92,0	13,2	12,6	1,5
Veranlagte Einkommensteuer	28,00	30,86	35,51	36,0	10,2	15,1	1,5
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2,25	2,31	3,38	2,9	2,7	46,3	-14,0
Körperschaftsteuer	10,05	11,84	16,83	17,5	17,8	42,1	4,0
Steuern vom Umsatz	54,08	58,46	62,68	72,4	8,1	7,2	15,5
Bundessteuern	36,79	39,27	40,78	42,0	6,7	3,8	3,0
Zölle	3,25	3,72	3,74	3,8	14,5	0,5	1,5
Tabaksteuer	8,89	9,38	9,80	10,1	5,5	4,5	3,0
Branntweinmonopol	3,12	3,37	3,75	3,7	8,0	11,3	- 1,5
Mineralölsteuer	17,12	18,12	19,18	20,0	5,8	5,8	4,5
Sonstige Bundessteuern	4,41	4,68	4,31	4,4	6,1	- 7,9	2,0
Ländersteuern	12,14	13,79	14,98	14,3	13,6	8,6	- 4,5
Vermögensteuer	3,34	3,92	5,00	4,1	17,4	27,6	-18,0
Kraftfahrzeugsteuer	5,30	5,63	5,93	6,2	6,2	5,3	4,5
Biersteuer	1,27	1,32	1,29	1,3	3,9	- 2,3	1,0
Sonstige Ländersteuern	2,23	2,92	2,76	2,7	30,9	- 5,5	- 2,0
Gemeindesteuern	26,33	29,61	33,09	33,9	12,5	11,8	2,5
Gewerbesteuer	17,90	20,11	22,94	23,7	12,3	14,1	3,5
Lohnsummensteuer	3,00	3,22	3,46	3,4	7,3	7,5	- 1,5
Grundsteuern	4,15	4,80	5,30	5,5	15,7	10,4	4,0
Sonstige Gemeindesteuern	1,28	1,48	1,39	1,3	15,6	- 6,1	- 6,5
Lastenausgleichsabgaben	1,24	1,32	1,34	1,0	6,5	1,5	-25,5
Steuereinnahmen insgesamt	242,07	268,07	299,36	312,0	10,7	11,7	4,0
dar.: 2)3)							
Bund 2)3)	119,20	130,91	144,01	150,0	9,8	10,0	4,0
Länder 3)4)	82,37	91,46	104,13	108,6	11,0	13,9	4,5
Gemeinden 5)	33,22	37,91	42,03	43,0	14,1	10,9	2,5
Bruttosozialprodukt	1 030,3	1 123,8	1 193,3	1 278,2	9,1	6,2	7,0
Steuerquote ⁶⁾ in vH	23,5	23,9	25,1	24,4	.	.	.

1)Schätzung.- 2)Ohne EG-Anteile Zölle und Steuern vom Umsatz.- 3)Um 1,5 vH-Punkte der Steuern vom Umsatz für Ergänzungszuweisungen an die Länder beim Bund gekürzt bzw. bei den Ländern erhöht.- 4)Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten.- 5)Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten.- 6)Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

schaftspolitischen Instanzen insbesondere auf die „Selbstheilungskräfte“ der Wirtschaft. Erst als die Konjunktur im Frühsommer 1977 erlahmte, gestaltete die Bundesregierung ihre Haushaltspolitik expansiv, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stimulieren. Sie beschloß ein Bündel von Maßnahmen, deren Schwergewicht auf steuerpolitischem Gebiet lag. Im Steueränderungsgesetz 1977 und im Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung kam der finanzpolitische Kurswechsel zum Ausdruck.

Über das Steueränderungsgesetz war fast zwei Jahre heftig diskutiert worden, bis es endlich im August 1977 in veränderter Form vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde. Die ursprüngliche Absicht der Bundesregierung, den Mehrwertsteuersatz um 2 vH-Punkte heraufzusetzen und die daraus resultierenden Mehreinnahmen (über 11 Mrd. DM) für den Defizitabbau zu verwenden, scheiterte

indes am Widerstand der Opposition. Das verabschiedete Gesetz ist in seinen Auswirkungen aufkommensneutral: Die zusätzlichen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer (11 auf 12 vH) decken sich ungefähr mit den Ausfällen bei den anderen Steuern.

Kernstück der wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist das Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung vom Oktober 1977, dessen finanzielle Auswirkungen hauptsächlich 1978 spürbar werden. Die Bundesregierung verfolgt mit diesem Steuerpaket das Ziel, die Kaufkraft der privaten Haushalte und der Unternehmen zu stärken und damit die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern anzuregen. Die Steuererleichterungen führen insgesamt zu Steuerausfällen von 10 Mrd. DM. Der größte Teil davon (9 Mrd. DM) ergibt sich aus folgenden Steuerrechtsänderungen:

— 2,5 Mrd. DM durch Anhebung des Weihnachtsfreibetrages von 100 auf 400 DM;

Kassenmäßige Auswirkungen der steuerpolitischen Maßnahmen im Jahr 1978
in Mill. DM

	Steueränderungsgesetz 1977 ¹⁾	Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung	Insgesamt
Lohnsteuer	- 1 700	- 8 500	- 10 200
Veranlagte Einkommensteuer	- 200	- 1 350	- 1 550
Körperschaftsteuer	-	- 650	- 650
Steuern vom Umsatz	+ 5 200	-	+ 5 200
Vermögensteuer	- 1 350	-	- 1 350
Grunderwerbsteuer	- 600	-	- 600
Gewerbesteuer	- 500	- 350	- 850
Lohnsummensteuer	- 200	-	- 200
Summe	+ 650	- 10 850	- 10 200
davon: Bund	+ 2 510	- 4 625	- 2 115
Länder	- 745	- 4 625	- 5 370
Gemeinden	- 1 115	- 1 600	- 2 715

1) Einschl. Ausdehnung § 7b EStG und Grunderwerbsteuerbefreiung.

— 2 Mrd. DM durch Erhöhung des Grundfreibetrages von 3 000 auf 3 300 DM;

— 4,8 Mrd. DM durch Einführung eines Tariffreibetrages von 510/1 020 DM für Ledige/Verheiratete.

Vom Gesamtbetrag entfallen schätzungsweise 8,5 Mrd. DM auf die Lohnsteuerzahler, vor allem auf die Bezieher kleinerer Einkommen. Andere Erleichterungen ergeben sich aus der Anhebung der degressiven Abschreibung für bewegliche Güter des Anlagevermögens auf das 2,5fache der linearen Sätze und der Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Gebäude. Sie schlagen bei der veranlagten Einkommensteuer mit Mindereinnahmen von 550 Mill. DM und bei der Körperschaftsteuer mit 600 Mill. DM zu Buche.

Steueraufkommen 1977 und 1978

Basis der Steuerprognose für 1978 ist die Jahreszielprojektion der Bundesregierung, in der der nominale Anstieg für das Bruttosozialprodukt auf 7 vH und für die Bruttolohn- und -gehaltsumme auf 5,5 vH veranschlagt ist. Danach errechnet sich für die Steuereinnahmen ein Zuwachs von 7,5 vH. Nach Abzug der Einnahmeausfälle von 10 Mrd. DM vermindert sich die Steigerungsrate um fast die Hälfte auf 4 vH; dies entspricht einem Steueraufkommen von 312 Mrd. DM. Die volkswirtschaftliche Steuerquote wird sich — nachdem sie 1977 die 25 vH-Grenze überschritten hatte — auf 24,4 vH zurückbilden.

Die Lohnsteuer bleibt die Haupteinnahmequelle des Staates. Auch 1977 zeigte sich ihre systemimmanente Dynamik¹, die durch die Steuerreform nur kurz unterbrochen worden war. Bei einem Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme um 7 vH erhöhten sich die Kasseneingänge 1977 um 12,5 vH, obwohl die Lohnsteuerzahler durch die Anhebung des Weihnachtsfreibetrages in diesem Jahr um schätzungsweise 1,5 Mrd. DM entlastet wurden. Bereinigt um diesen Effekt errechnet sich ein Plus von fast 14 vH; in den beiden Jahren nach der Steuerreform 1975 expandierten die Lohnsteuerzahlungen doppelt so rasch wie die Löhne und Gehälter. Die Reform hatte zwar eine sprunghafte Senkung der Steuerquote zur Folge, die Progression des Steuertarifs wurde dagegen noch verschärft.

1978 werden die Lohnsteuerpflichtigen erneut entlastet, so daß das Aufkommen das Vorjahrsergebnis nur wenig überschreiten dürfte (1,5 vH). Berücksichtigt man in der Rechnung, daß das Kindergeld in diesem Jahr um 1,8 Mrd. DM aufgestockt wird, dann wird die Steuerquote der Arbeitnehmer (Lohnsteuer abzüglich Kindergeld in Relation zur Bruttolohn- und -gehaltsumme) 1978 um 1 vH-Punkt auf 13,5 vH zurückgehen und damit noch unter dem Niveau des Jahres 1973 (14,2 vH) liegen. Allerdings haben derartige Änderungen der Höchst- und Freibeträge nur einen einmaligen Effekt und werden in relativ kurzer

¹ Hierin kommt auch die indirekte Progression des Steuertarifs zum Ausdruck, d. h. zusätzliche Einkommen unterliegen immer mehr der Besteuerung (relative Abnahme der Freibeträge).

Zeit durch die Progression des Steuertarifs wieder kompensiert.

Der steile Anstieg des Aufkommens an veranlagter Einkommensteuer im Jahr 1977 (15 vH) trotz abgeschwächter Wirtschaftstätigkeit hat überrascht. Eingesetzt hatte die Aufwärtsentwicklung schon 1976. Die im Dezember 1976 für 1977 abgegebene Schätzung wurde um 2,5 Mrd. DM übertroffen. Stark rückläufig waren im vergangenen Jahr die von der Einkommensteuer abzusetzenden Investitionszulagen (– 22 vH), während die aus dem Aufkommen geleisteten Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer kräftig expandierten (25 vH). Bereinigt um diese Effekte verbleibt jedoch immer noch ein Anstieg von 13,5 vH, ein Ergebnis, das nicht mit der Gewinnentwicklung des vergangenen Jahres erklärt werden kann. Ausschlaggebend waren vielmehr hohe Abschlußzahlungen aus früheren Veranlagungsjahren, die eine starke Anhebung der laufenden Vorauszahlungen zur Folge hatten.

Die mit der Einkommensteuer zu verrechnenden Investitionszulagen dürften 1978 nur noch einen geringen Betrag ausmachen. Dagegen wird sich die 1977 wirksam gewordene Reform der Körperschaftsteuer in diesem Jahr erstmals aufkommensmindernd auswirken. Die Steuerpflichtigen erhalten seit dem Wegfall der Doppelbesteuerung eine Steuergutschrift über die auf Ausschüttungen gezahlte Körperschaftsteuer (36 statt 15 vH), die bei der Ermittlung der Einkommensteuerschuld verrechnet wird. Durch dieses Anrechnungsverfahren wird es bei der Einkommensteuer 1978 zu Ausfällen in einer Größenordnung von 2,5 Mrd. DM kommen. Das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer wird deshalb 1978 nahezu stagnieren (1,5 vH).

Die überaus hohen Mehreinnahmen aus der Körperschaftsteuer (40 vH) zeigen deutlich, daß es den Finanzämtern 1977 nahezu ohne Verzögerung gelungen ist, die Vorauszahlungen den seit 1. 1. 1977 erhöhten Steuersätzen anzupassen. Während die Heraufsetzung des Steuersatzes von 51 auf 56 vH für einbehaltene Gewinne nur geringe Mehreinnahmen brachte, entfällt der größte Teil des Zuwachses auf die von 15 auf 36 vH verschärfte Besteuerung der ausgeschütteten Kapitalerträge. Auch nach Bereinigung um diesen einmaligen Reformeffekt verbleibt noch ein kräftiges Plus (20 vH). Es ist zu vermuten, daß sich die verbesserte Ertragslage 1976 in den Zahlungseingängen niedergeschlagen hat. Außerdem dürften Abschlußzahlungen aus den Veranlagungen früherer Jahre angefallen sein, die zu Heraufsetzungen der laufenden Vorauszahlungen geführt haben. Es überraschte, daß die mit dem Aufkommen dieser Steuer verrechneten Investitionszulagen 1977 noch leicht zugenommen haben (4,5 vH).

1978 werden indes nur noch geringe Beträge an Investitionszulagen fällig. Hieraus resultiert im wesentlichen ein leichter Anstieg bei der Körperschaftsteuer (4 vH). In dieser Prognose wird unterstellt, daß die Abschlußzahlungen aus den Veranlagungen absolut zurückgehen und Anpassungen der Vorauszahlungen wegen der im Jahre 1977 abgeschwächten Gewinnentwicklung nur in geringem Ausmaß stattfinden. Seit der Einführung der befristeten Zulage für Investitionen hat der Staat bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer insgesamt 8,5 Mrd. DM an die Begünstigten ausgezahlt; dies entspricht einem geförderten Investitionsvolumen von über 100 Mrd. DM.

Die Steuern vom Umsatz haben sich im Verlauf des Jahres 1977 recht unterschiedlich entwickelt. In den ersten sechs Monaten übertrafen sie das Vorjahresniveau um gut 5 vH und blieben damit hinter der Expansion der Inlandsnachfrage zurück. In der zweiten Jahreshälfte beschleunigten sich die Kasseneingänge dann auf gut 9 vH und übertrafen im Anstieg die gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage (6 vH) erheblich. Insgesamt lagen die Steuern vom Umsatz um 7 vH über dem Vorjahresergebnis; erstmals seit 1973 — das Rezessionsjahr 1975 ausgenommen — stiegen sie wieder rascher als das Sozialprodukt. Der überdurchschnittliche Verlauf erklärt sich vor allem aus der Abschwächung des Außenhandels, d. h. das Gewicht der steuerfreien Umsätze (Exporte) und des Vorsteuerabzugs (Importe) verringerte sich.

In der Prognose für 1978 wird unterstellt, daß die Steuern vom Umsatz in der Tendenz mit dem Anstieg des nominalen Sozialprodukts Schritt halten. Insgesamt kann wegen der Anhebung des Steuersatzes ein kräftiger Anstieg erwartet werden (15,5 vH).

Bei den speziellen Verbrauchsteuern des Bundes fallen die Mineralölsteuer, die Tabak- und Branntweinsteuer aufkommensmäßig am stärksten ins Gewicht; sie erreichten ein Plus von 6 vH. Die in die Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer gesetzten Einnahmeerwartungen haben sich indes nur zum Teil erfüllt. Die Verbraucher schränkten 1977 ihren Zigarettenkonsum drastisch (– 10 vH) ein, so daß sich das Tabaksteueraufkommen lediglich um 4,5 vH erhöhte. Dagegen bewegten sich die Mehreinnahmen bei der Branntweinsteuer durchaus im erwarteten Umfang (11,5 vH). Im Zuwachs der Mineralölsteuer (+ 6 vH) spiegelte sich die Belebung auf dem Automarkt wider.

1978 werden die speziellen Verbrauchsteuern wieder dem mengenmäßigen Verbrauch der besteuerten Güter folgen, also langsamer zunehmen (3,5 vH) als das nominale Bruttosozialprodukt.

Der Anstieg der Ländersteuern (8,5 vH) wurde maßgeblich durch die Mehreinnahmen aus der Vermögensteuer bestimmt (28 vH). Bedingt durch Verzögerungen bei der Hauptveranlagung 1974 fielen auch 1977 noch Nachzahlungen an, überdies dürften sich die Veranlagungen 1977 schon zum Teil kassenmäßig niedergeschlagen haben. Wegen der Senkung der Vermögensteuersätze kommt es 1978 zu einem starken Rückgang (– 20 vH), der sich auch bei den Ländersteuern insgesamt zeigen wird (– 4,5 vH).

Das kräftige Plus bei den Gemeindesteuern im Jahr 1977 beruhte in erster Linie auf der Expansion der Gewerbesteuer (14 vH) und der Grundsteuern (10,5 vH). Die beschlossenen steuerlichen Maßnahmen werden sich im laufenden Jahr auch bei der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer auswirken, so daß die Gemeindesteuern nur noch schwach zunehmen dürften (2,5 vH).

Ausblick

Nach der hier vorgelegten Prognose werden die Steuereinnahmen wegen der finanziellen Auswirkungen der Steuerpakete nur geringfügig steigen. Dabei dürften sich die Kasseneingänge von Bund und Ländern annähernd parallel entwickeln (4 vH), während das Aufkommen der Gemeinden im Anstieg zurückbleibt (2,5 vH). Die finanzielle Last der Steuerbeschlüsse verteilt sich recht unterschiedlich auf die einzelnen Haushaltsebenen; die Haushalte von Ländern und Gemeinden werden am stärksten betroffen. Es ergeben sich folgende Anteile an den Mindereinnahmen (in Klammern die Anteile am Steueraufkommen):

Bund	21,0 vH (48 vH)
Länder	52,5 vH (35 vH)
Gemeinden	26,5 vH (14 vH).

Die Gebietskörperschaften planen in diesem Jahr eine Ausweitung der Ausgaben in der Größenordnung von 9 vH. Die steuerpolitischen Beschlüsse und die Produktionswirkungen des Programms für Zukunftsinvestitionen werden hauptsächlich 1978 wirksam. Wird der anvisierte Ausgabenzuwachs realisiert, dann werden die Finanzierungsdefizite der Gebietskörperschaften 1978 wieder zunehmen. Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, daß die Ausgabenneigung des Staates in den Folgejahren tendenziell geschwächt wird. Die Ankündigung des Bundes, den Ausgabenanstieg schon im Haushaltsjahr 1979 zu drosseln, geht in die falsche Richtung, denn auch im kommenden Jahr wird eine expansive Haushaltspolitik schon zur Vermeidung eines weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit erforderlich sein. Auch sollte die Signalwirkung von Restriktionsmaßnahmen der öffentlichen Hand auf das allgemeine Wirtschaftsklima nicht übersehen werden.

Die öffentliche Hand sollte daher ihre expansive Haushaltspolitik über das Jahr 1978 hinaus konsequent fortsetzen². Bei der wirtschaftlichen Ausgangslage zu Beginn dieses Jahres besteht die Gefahr einer Überdimensionierung staatlicher Programme nicht. Das Schwergewicht müßte allerdings auf ausgabeorientierten Maßnahmen liegen, die geeignet sind, das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und damit die Arbeitslosigkeit auf ein vertretbares Maß zurückzuführen. Die Multiplikatorwirkungen öffentlicher Ausgaben sind höher zu veranschlagen als die von Steuersenkungen, denn sie beeinflussen Produktion und Beschäftigung direkt, während die über Steuerentlastungen induzierten Effekte leicht durch verstärktes Sparen konterkariert werden können.

² Vgl. hierzu: Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bearbeitet vom Arbeitskreis „Arbeitsmarktperspektiven“. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 15/1978.

Lage am Arbeitsmarkt weiterhin unbefriedigend

Beschäftigung und Arbeitnehmer Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1977

Trotz wieder gestiegenen Sozialprodukts hat sich auch im vierten Quartal 1977 keine nennenswerte Entlastungstendenz am Arbeitsmarkt durchsetzen können. Es gelang den in beiden Vorquartalen zu beobachtenden Beschäftigtenrückgang zu stoppen. Die Arbeitslosenzahl verharrte saisonbereinigt weiterhin über der Millionengrenze.

Obwohl die Tarifsätze in der Lohnrunde 1977 stärker angehoben wurden, hat sich die Zunahme der effektiven Verdienste im Vorjahresvergleich vom ersten zum zweiten Halbjahr 1977 deutlich verlangsamt. Die Lohndrift hatte — wie schon im dritten Quartal — ein negatives Vorzeichen. Dennoch hat der Kostendruck in der Wirtschaft nochmals zugenommen. Die Lohnstückkosten waren im vierten Quartal in der Industrie um 5,9 vH (drittes Quartal: + 4,4 vH) und in der Gesamtwirtschaft um 4,3 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit.

entsprechenden Vorjahrszeit wurde dabei gerade noch erreicht.

In der Industrie sank die Beschäftigtenzahl saisonbereinigt um 4 000: Einer leichten Zunahme in der Investitionsgüter-Industrie (+ 3 000) und — erstmals seit 1970 — nun auch wieder in der Verbrauchsgüter-Industrie (+ 5 000) stand eine weitere kräftige Reduzierung des Beschäftigtenbestandes in der Grundstoff-Industrie (– 8 000) und in der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie (– 3 000) gegenüber.

Ein ebenso wenig einheitliches Bild zeigt die Beschäftigtenentwicklung einzelner Industriegruppen. Zu größeren Neueinstellungen kam es per Saldo von Ende September bis Ende Dezember 1977 insbesondere im Fahrzeugbau, der Elektro-Industrie und der Herstellung von Büromaschinen. Reduziert wurde der Personalbestand vor allem im Bergbau, in der

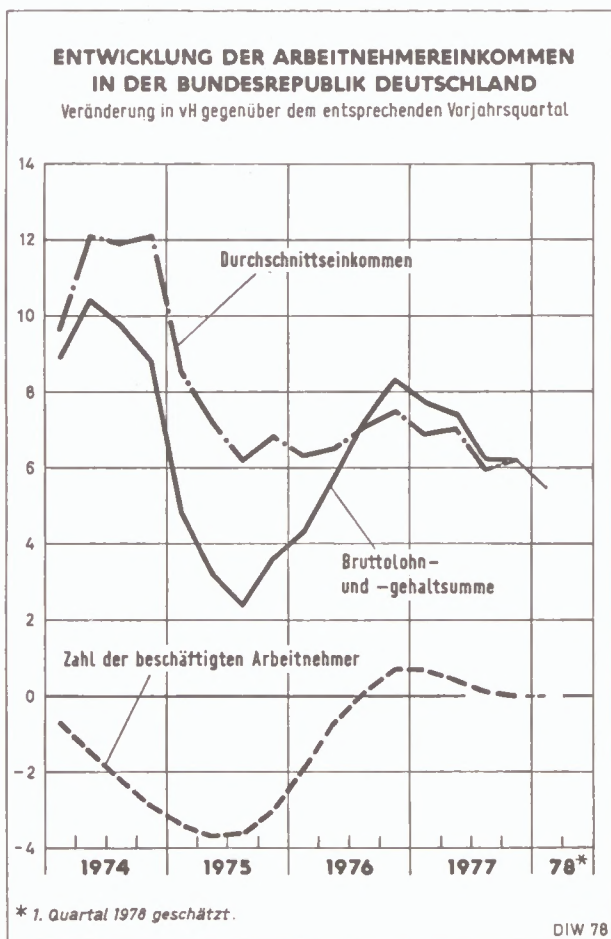
Arbeitsmarkt

Nachdem sich die Lage am Arbeitsmarkt im Verlauf des Jahres 1977 weiter verschlechtert hatte, blieb die Situation auch im vierten Quartal 1977 unbefriedigend: Einzelne geringfügige Verbesserungen vermochten nicht darüber hinwegzutäuschen, daß am Jahresende 1977 die nun schon drei Jahre zu registrierende hohe Unterbeschäftigung als belastende Hypothek auch in das neue Jahr übernommen werden muß.

Gegenüber dem Vorquartal stieg die Zahl der offenen Stellen kaum; sie war abermals nicht höher als ein Jahr zuvor. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen nahm gegenüber dem dritten Quartal 1977 zwar leicht ab, war aber in den Monaten Oktober bis Dezember jeweils größer als zur entsprechenden Vorjahrszeit. Auch die Entwicklung der Zahl der Kurzarbeiter bot ein wenig erfreuliches Bild: Nachdem diese im August auf 95 000 gesunken war, verschlechterte sich die Lage von Monat zu Monat, so daß Mitte Dezember mit 255 000 von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmern wieder der hohe Stand vom Jahresbeginn 1977 erreicht wurde.

Beschäftigung

Im Berichtsquartal stagnierte die Beschäftigtenzahl, nachdem sie in den beiden vorangegangenen Quartalen rückläufig gewesen war. Das Niveau der



Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl¹⁾
In 1000 Personen

	1975				1976				1977			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Land- u. Forstwirtsch.	273	271	269	268	268	267	265	265	264	262	260	259
Prod. Gewerbe	10 924	10 720	10 575	10 479	10 446	10 454	10 450	10 469	10 466	10 432	10 417	10 414
dar.: Industrie	8 262	8 101	7 966	7 880	7 830	7 827	7 826	7 846	7 862	7 841	7 838	7 834
Baugewerbe	1 550	1 507	1 495	1 480	1 491	1 496	1 485	1 478	1 452	1 433	1 411	1 406
Handel und Verkehr	4 128	4 097	4 078	4 067	4 070	4 072	4 078	4 085	4 085	4 085	4 080	4 080
Dienstleistungen	6 310	6 336	6 362	6 390	6 435	6 473	6 510	6 543	6 560	6 589	6 607	6 612
Beschäftigte, gesamt	21 635	21 425	21 284	21 204	21 219	21 266	21 304	21 362	21 375	21 367	21 363	21 365

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

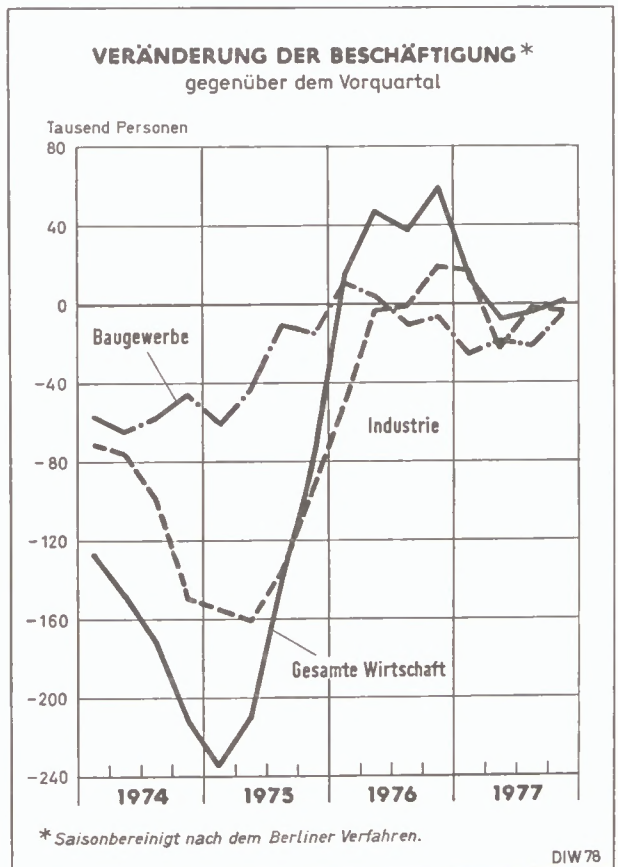
eisenschaffenden Industrie, im Maschinenbau, der chemischen Industrie und schließlich auch in der Textil- und Bekleidungs-Industrie.

In der Bauwirtschaft hat sich im Berichtsquartal der saisonbereinigte Beschäftigtenrückgang abgeschwächt (– 5 000). Dazu haben sicherlich das allmählich anlaufende Programm zur Modernisierung von Altbauten wie auch günstigere Finanzierungsbedingungen im Wohnungsbau, insbesondere im Eigenheimbau, beigetragen. Dennoch wurde der Beschäftigtenstand der entsprechenden Vorjahrszeit in der Bauwirtschaft noch um fast 5 vH unterschritten.

Wie es der kürzlich vorgelegte Rechenschaftsbericht des Handwerksverbandes unterstrichen hat, zeichnet sich das produzierende Handwerk weiterhin durch eine stetige konjunkturelle Aufwärtsentwicklung aus. Im vierten Quartal 1977 ist die Zahl der Beschäftigten saisonbereinigt um 6 000 Personen gestiegen. Weiterhin recht labil war dagegen die Entwicklung im Handel: Nach leichtem Rückgang im Vorquartal wurde hier der Beschäftigtenstand gerade gehalten, das Niveau der entsprechenden Vorjahrsperiode lediglich um 0,3 vH überschritten. Etwas günstiger als bisher war die Beschäftigtenentwicklung im Verkehrsbereich: Offensichtlich ist die nun schon über lange Zeit anhaltende restriktive Einstellungspolitik bei der Bundespost gelockert worden, so daß der Personalbestand im gesamten Verkehrswesen nur noch geringfügig (um 1 000) reduziert wurde.

Nur schwach hat sich dagegen im Berichtsquartal die über lange Zeit so günstige Beschäftigtenentwicklung im Dienstleistungsbereich fortgesetzt: Vom dritten zum vierten Quartal ist die Zahl der Beschäftigten saisonbereinigt lediglich um 6 000 gestiegen. Dies war der niedrigste Quartalszuwachs seit 1965; überdies ist diese Zunahme fast ausschließlich dem öffentlichen Dienst zuzurechnen.

Hinsichtlich der beruflichen Stellung ergibt sich im Berichtsquartal ein — bei im Vorjahrsvergleich unveränderter Beschäftigtenzahl — sehr differenziertes Bild: Einer Abnahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter um 1,0 vH stand eine Zunahme der Zahl der Angestellten und Beamten um 0,8 vH gegenüber. Die Zahl der Auszubildenden hat sich binnen Jahresfrist sogar um 2,1 vH erhöht.



Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland²⁾ im 4. Quartal 1977

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegen- über Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1 000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	186	135	25	26	81	66	6	9	267	-2,1	-2,4	-2,2
Bergbau	233	104	39	10	7	2	5	0	240	-2,1	.	-2,0
Energiewirtschaft	192	124	62	6	23	6	17	0	215	0,0	0,0	0,0
Grundst.-u. Produktionsg.-I.	1 288	916	333	39	293	142	138	13	1 581	-1,8	-1,7	-1,8
Investitionsgüter-Industrie	2 696	1 781	755	160	952	621	303	28	3 648	0,8	0,3	0,7
Verbrauchsgüter-Industrie	880	651	199	30	841	686	129	26	1 721	0,3	-0,6	-0,1
Nahrungs- u. Genussmittel-Ind.	296	196	95	5	166	118	45	3	462	0,7	0,0	0,4
Industrie, gesamt	5 585	3 852	1 483	250	2 282	1 575	637	70	7 867	-0,1	-0,3	-0,1
Handwerk u. sonst. Kleingew.	897	630	107	160	274	104	127	43	1 171	2,5	2,2	2,4
Baugewerbe	1 346	1 089	123	134	93	12	73	8	1 439	-5,0	-1,1	-4,8
Produzierendes Gewerbe	7 828	5 571	1 713	544	2 649	1 691	837	121	10 477	-0,7	-0,1	-0,5
Handel	1 294	496	639	159	1 402	229	984	189	2 696	0,3	0,4	0,3
Verkehr 3)	1 142	501	595	46	247	82	157	8	1 389	-0,8	-2,0	-1,0
Handel und Verkehr	2 436	997	1 234	205	1 649	311	1 141	197	4 085	-0,2	0,0	-0,1
Öffentlicher Dienst 4)	2 432	403	1 991	38	1 089	228	830	31	3 521	0,8	0,7	0,8
Geld-, Bank-u. Vers.-wesen	388	14	335	39	351	27	293	31	739	1,8	1,7	1,8
Gaststättenwesen	150	87	46	17	246	153	85	8	396	0,7	0,4	0,5
Häusliche Dienste	1	-	1	-	251	167	73	11	252	.	-0,8	0,8
Dienstleistungshandwerk 5)	97	74	14	9	385	279	55	51	482	3,2	2,4	2,6
Sonst. Dienstleistungen 6)	411	101	280	30	805	190	555	60	1 216	1,5	1,4	1,4
Dienstleistungen, gesamt	3 479	679	2 667	133	3 127	1 044	1 891	192	6 605	1,0	1,1	1,1
I n s g e s a m t	13 929	7 382	5 639	908	7 506	3 112	3 875	519	21 435	-0,2	0,4	0,0
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) ⁷⁾												
Land- und Forstwirtschaft	863	614	219	30	268	226	32	10	1 131	4,0	3,9	4,0
Bergbau	2 108	1 545	548	15	55	12	43	0	2 163	2,8	.	3,0
Energiewirtschaft	1 700	1 036	655	9	167	31	136	0	1 867	6,8	7,7	6,9
Grundst.-u. Produktionsg.-I.	11 777	7 208	4 510	59	1 903	751	1 134	18	13 680	4,4	5,7	4,5
Investitionsgüter-Industrie	23 156	13 846	9 072	238	5 609	3 227	2 343	39	28 765	9,1	9,0	9,1
Verbrauchsgüter-Industrie	6 540	4 336	2 158	46	3 998	3 044	917	37	10 538	7,1	6,3	6,8
Nahrungs- u. Genussmittel-Ind.	2 536	1 425	1 104	7	850	507	339	4	3 386	7,2	7,2	7,2
Industrie, gesamt	47 817	29 396	18 047	374	12 582	7 572	4 912	98	60 399	7,2	7,5	7,2
Handwerk u. sonst. Kleingew.	4 778	3 796	793	189	1 016	411	557	48	5 794	8,9	8,9	8,9
Baugewerbe	9 099	7 524	1 395	180	525	61	454	10	9 624	-2,7	5,2	-2,3
Produzierendes Gewerbe	61 694	40 716	20 235	743	14 123	8 044	5 923	156	75 817	5,7	7,5	6,1
Handel	8 131	2 770	5 168	193	6 072	947	4 911	214	14 203	6,5	7,3	6,8
Verkehr 3)	8 939	3 653	5 222	64	1 552	393	1 149	10	10 491	4,1	3,1	4,0
Handel und Verkehr	17 070	6 423	10 390	257	7 624	1 340	6 060	224	24 694	5,2	6,4	5,6
Öffentlicher Dienst 4)	25 461	3 214	22 186	61	8 886	1 226	7 613	47	34 347	6,2	6,3	6,2
Geld-, Bank-u. Vers.-wesen	3 248	91	3 097	60	2 177	132	2 000	45	5 425	8,3	9,3	8,7
Gaststättenwesen	881	484	376	21	972	561	402	9	1 853	6,8	6,8	6,8
Häusliche Dienste	6	-	6	-	890	549	328	13	896	.	5,8	5,9
Dienstleistungshandwerk 5)	490	366	113	11	1 347	1 009	281	57	1 837	10,4	8,8	9,2
Sonst. Dienstleistungen 6)	2 929	585	2 303	41	3 554	752	2 724	78	6 483	7,3	7,8	7,6
Dienstleistungen, gesamt	33 015	4 740	28 081	194	17 826	4 229	13 348	249	50 841	6,6	7,1	6,8
I n s g e s a m t	112 642	52 493	58 925	1 224	39 841	13 839	25 363	639	152 483	5,9	7,1	6,2
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	1 547	1 516	2 920	385	1 103	1 141	1 778	370	1 412	6,2	6,4	6,3
Bergbau	3 016	2 799	4 684	500	2 619	2 000	2 867	.	3 004	5,0	.	5,1
Energiewirtschaft	2 951	2 785	3 522	500	2 420	1 722	2 667	.	2 895	6,8	7,7	6,9
Grundst.-u. Produktionsg.-I.	3 048	2 623	4 515	504	2 165	1 763	2 739	462	2 884	6,3	7,5	6,5
Investitionsgüter-Industrie	2 863	2 591	4 005	496	1 964	1 732	2 578	464	2 628	8,3	8,7	8,4
Verbrauchsgüter-Industrie	2 477	2 220	3 615	511	1 585	1 479	2 370	474	2 041	6,7	6,9	6,9
Nahrungs- u. Genussmittel-I.	2 856	2 423	3 874	467	1 707	1 432	2 511	444	2 443	6,5	7,2	6,8
Industrie, gesamt	2 854	2 544	4 056	499	1 838	1 603	2 570	467	2 559	7,2	7,8	7,4
Handwerk u. sonst. Kleingew.	1 776	2 008	2 470	394	1 236	1 317	1 462	372	1 649	6,3	6,5	6,3
Baugewerbe	2 253	2 303	3 780	448	1 862	1 694	2 073	417	2 229	2,4	6,3	2,6
Produzierendes Gewerbe	2 627	2 436	3 938	455	1 777	1 586	2 359	430	2 412	6,4	7,6	6,6
Handel	2 095	1 862	2 696	405	1 444	1 378	1 664	377	1 756	6,1	6,9	6,4
Verkehr 3)	2 609	2 430	2 925	464	2 094	1 598	2 439	417	2 518	4,9	5,1	5,0
Handel und Verkehr	2 336	2 147	2 807	418	1 541	1 436	1 770	379	2 015	5,4	6,4	5,7
Öffentlicher Dienst 4)	3 490	2 658	3 714	535	2 720	1 792	3 057	505	3 252	5,4	5,5	5,4
Geld-, Bank-u. Vers.-wesen	2 790	2 167	3 082	513	2 067	1 630	2 275	484	2 447	6,3	7,4	6,8
Gaststättenwesen	1 958	1 654	2 795	412	1 317	1 222	1 576	375	1 560	6,1	6,4	6,3
Häusliche Dienste	2 000	-	2 000	-	1 182	1 096	1 498	394	1 185	.	6,7	6,8
Dienstleistungshandwerk 5)	1 684	1 649	2 690	407	1 166	1 205	1 703	373	1 270	6,9	6,3	6,5
Sonst. Dienstleistungen 6)	2 376	1 931	2 742	456	1 472	1 319	1 636	433	1 777	5,8	6,4	6,1
Dienstleistungen, gesamt	3 163	2 327	3 510	486	1 900	1 350	2 353	432	2 565	5,5	6,0	5,6
I n s g e s a m t	2 696	2 370	3 483	449	1 769	1 482	2 182	410	2 371	6,1	6,7	6,2
1) Einschl. Heimarbeiter.- 2) Einschl. Berlin (West).- 3) Einschl. Bundesbahn und -post.- 4) Einschl. Soldaten.- 5) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung.- 6) U.a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe.- 7) Abweichungen der Bruttolohn- und -gehaltsumme von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung.												

1) Einschl. Heimarbeiter.- 2) Einschl. Berlin (West).- 3) Einschl. Bundesbahn und -post.- 4) Einschl. Soldaten.- 5) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseur-, Gebäudereinigung.- 6) U.a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe.- 7) Abweichungen der Bruttolohn- und -gehaltssumme von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung.

Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen¹⁾ und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen²⁾

	1974		1975				1976				1977			
	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit														
Arbeiter														
effektiv	11,7	12,5	8,2	5,8	5,9	6,5	6,1	8,3	7,9	8,3	7,6	6,9	5,3	6,0
tariflich 3)	12,1	12,0	10,6	9,3	7,9	7,3	5,1	5,7	5,5	5,6	6,9	6,8	7,2	7,1
Angestellte														
effektiv	13,0	12,2	9,5	8,7	6,6	7,3	6,3	6,4	7,1	7,5	7,2	7,2	6,5	6,9
tariflich 3)	11,9	12,0	10,1	8,5	7,4	7,1	4,5	5,5	5,6	5,5	6,5	6,6	6,5	6,6
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate														
Arbeiter	-0,4	+0,5	-2,4	-3,5	-2,0	-0,8	+1,0	+2,6	+2,4	+2,7	+0,7	+0,1	-1,9	-1,1
Angestellte	+1,1	+0,2	-0,6	+0,2	-0,8	+0,2	+1,8	+0,9	+1,5	+2,0	+0,7	+0,6	0,0	+0,3
1) Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne.- 2) Industrie, Baugewerbe, Handel, Verkehr und öffentlicher Dienst; bei den Angestellten zusätzlich Geld-, Bank- und Versicherungswesen.- 3) Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres.														

Durchschnittseinkommen

Das tarifliche Niveau der Löhne und Gehälter ist durch neue Abschlüsse im vierten Quartal 1977 nicht beeinflußt worden. Im Durchschnitt des Berichtsquartals lagen die Tarife — ebenso wie im Jahresdurchschnitt 1977 — um 6,8 vH über dem Vorjahrsniveau.

Der Anstieg der effektiven Vergütungen je Beschäftigten hat sich vom ersten zum dritten Quartal von 7 auf 6 vH (Vorjahrsvergleich) abgeschwächt. Im Berichtsquartal betrug die Zuwachsrate 6,2 vH. Dabei blieb die Lohndrift für Arbeiter deutlich negativ (-1,1 vH), für Angestellte tendierte sie dagegen — wie schon im vorangegangenen Quartal — gegen Null.

Für die Einkommenseinbußen sind neben der Kurzarbeit auch sonstige Arbeitszeiteinschränkungen verantwortlich: Wie schon zuvor in diesem Jahr war auch im letzten Quartal von 1977 die in Industrie und Bauwirtschaft durchschnittlich geleistete Arbeitszeit kürzer als im Jahr zuvor.

Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden
Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1976				1977			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Industrie 1)	+5,5	+3,4	+2,4	+2,5	+0,2	-2,0	-2,2	-2,6
Bauhauptgew.	-8,7	+1,8	-0,2	+0,1	+8,5	-2,5	-3,9	-6,1
1) Betriebe mit 10 Beschäftigten und mehr, ab 1977 Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.								

Der durchschnittliche monatliche Bruttoverdienst je beschäftigten Arbeitnehmer (2 370 DM) war im

Berichtsquartal wegen des Weihnachtsgeldes erheblich höher als im Vorquartal. Dies gilt insbesondere für die im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeitnehmer (3 252 DM), die generell ein tariflich abgesichertes zusätzliches Monatsgehalt bekommen haben.

Die Zuwachsraten der Durchschnittseinkommen von Bereich zu Bereich unterschieden sich nur wenig voneinander. Nur in drei Bereichen wich der Zuwachs der individuellen Bruttoeinkommen deutlich vom gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ab: Relativ gering waren die Lohnsteigerungen im Bergbau (+5,1 vH), besonders niedrig jedoch — bedingt durch stark verkürzte Arbeitszeit — in der Bauwirtschaft (+2,6 vH). Deutlich überdurchschnittliche Lohnsteigerungen waren nur in der Investitionsgüter-Industrie (+8,4 vH) zu verzeichnen.

Ausblick

Auch im ersten Quartal 1978 ist die Lage am Arbeitsmarkt in ihrer Grundtendenz unbefriedigend geblieben. Ersten Informationen zufolge hat sich die Beschäftigtenzahl saisonbereinigt kaum verändert. Der Beschäftigtenstand verharrte damit auf dem Niveau der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Expansion der Bruttolohn- und -gehaltssumme hat sich abgeschwächt; das Arbeitnehmereinkommen des Vorjahres dürfte dabei um 5,5 vH übertroffen worden sein.

Die neuesten Arbeitslosenzahlen (Ende März 1,099 Mill.) wie auch die Entwicklung von Kurzarbeit und offenen Stellen bestätigen die schon zu Jahresbeginn geäußerte Befürchtung, daß eine Tendenzwende am Arbeitsmarkt nicht in Sicht sei. Saisonbereinigt ist sogar ein leichter Anstieg der Arbeits-

Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen
Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1975	1976	1977	1975	1976				1977				1978
				IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I ¹⁾
Beschäftigung	-3,5	-0,5	0,3	-3,0	-1,9	-0,7	0,1	0,7	0,7	0,4	0,1	0,0	0
Bruttolöhne und -gehälter	3,5	6,5	6,8	3,6	4,3	5,7	7,2	8,3	7,7	7,4	6,2	6,2	5,5
Durchschnittseinkommen	7,2	7,0	6,5	6,8	6,3	6,5	7,1	7,5	6,9	7,0	6,0	6,2	5,5
1) Schätzung.													

losigkeit festzustellen, der vermuten läßt, daß im Jahresdurchschnitt 1978 eine gegenüber dem Vorjahr eher höhere als niedrigere Arbeitslosenzahl zu registrieren sein wird.

Bei der zu erwartenden mäßigen Zunahme des Sozialprodukts dürfte sich die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft im Jahresdurchschnitt 1978 kaum erhöhen. Ein leichter Anstieg setzt voraus, daß im staatlichen Bereich die gegenwärtig noch zu beobachtende Zurückhaltung aufgegeben wird. Im letzten Wochenbericht hat der Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven des DIW¹ darauf hingewiesen, daß das Problem der Arbeitslosigkeit kurzfristig nicht zu lösen und daß unter Status-

quo-Bedingungen auch mittelfristig nicht mit einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu rechnen sei.

Die wie erwartet überaus zäh geführten Tarifverhandlungen in der Metallindustrie haben in einigen Tarifbezirken zu Abschlüssen geführt, die der Lohnrunde 1978 mit Verbesserungen um 5 vH eine Leitlinie gegeben haben. Der schwerpunktmäßig geführte Arbeitskampf hat zwar zu Produktionsausfällen geführt, doch dürften diese im zweiten Quartal zum Teil wieder aufgeholt werden.

¹ Vgl. Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bearbeitet vom Arbeitskreis „Arbeitsmarktperspektiven“. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 15/1978.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seldler, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Steuerentlastungen bremsen Expansion der Staatseinnahmen bearbeitet von Dieter Teichmann. —
Lage am Arbeitsmarkt weiterhin unbefriedigend bearbeitet von Gerhard Göseke.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.